

Ulis Newsletter zur Corona-Krise vom 30.07.2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

mehr Hilfen für Kinder und Jugendliche gegen die Auswirkungen der Corona-Folgen fordert die Liga der freien Wohlfahrtspflege. Je nach Schulart und Fach hätten Kinder und Jugendliche 10 bis 15 Wochen Unterricht versäumt, was 25 bis 40 Prozent eines Schuljahres entspricht. Kinder und Jugendliche hätten in den vergangenen Monaten einen gesellschaftlich deutlich überproportionalen Solidarbeitrag leisten müssen. Zum Einstieg in den Regelbetrieb unter Pandemie-Bedingungen im nächsten Schuljahr fordert die Liga daher: Vorrang für Kinder und Jugendliche vor Lockerungen an anderer Stelle. Bei Entscheidungen müssten deren Bedürfnisse mehr berücksichtigt werden. Auch müsse es zusätzliche Bildungsangebote entsprechend ihres individuellen Lernstands geben. Der Fernlernunterricht während der Schulschließungen sei kein Ersatz für den Präsenzunterricht. Vielmehr habe sich gezeigt, dass es vielen Kindern und Jugendlichen nicht gelang, die für das Fernlernen notwendige Selbstregulation aufzubringen. Dieses Phänomen sei in allen sozialen Milieus zu beobachten, so die Liga, die aber davon ausgeht, dass sich die Kluft zwischen sozial benachteiligten und privilegierten Schülern durch die coronabedingte Schließung der Schulen noch vergrößert hat. Lernbrücken in den Sommerferien könnten nur bedingt Abhilfe schaffen, weil bildungsbenachteiligte Schüler damit nicht erreicht würden. In der Liga sind die elf Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württembergs zusammengeschlossen. Landesweit gehören ihnen über 320 000 Mitarbeiter sowie etwa 300 000 Ehrenamtliche an. Ich finde: Ein sehr nachdenkenswertes Papier zum Beginn der Sommerferien.

Herzliche grüne Grüße, Uli

Entwicklung der Corona-Fallzahlen

Bundesebene:

29.07.2020: 207.828 Fälle insgesamt (& 902); 9.134 Todesfälle (& 6).

(Quelle: RKI, online 19.30 Uhr)

Landesebene:

30.07.2020: 37.233 Fälle insgesamt (& 109); 1.847 Todesfälle (& 2); 34.401 genesen (& 61).

Im Land sind aktuell 985 Menschen infiziert. Das ist die höchste Zahl seit Ende Mai 2020.

(Quelle: Sozialministerium BW, 16 Uhr)

Kreisebene:

30.07.2020: 1057 Fälle insgesamt (& 4); 40 Todesfälle (-); 985 genesen (& 22).

Im Landkreis sind aktuell 32 Menschen infiziert. (Quelle: Gesundheitsamt RNK, 12.30 Uhr)

Corona-bedingte Nachrichten

Inland

Uniklinik Freiburg zwischen Normalbetrieb und zweiter Corona-Welle

Nach dem Ausnahmezustand sind die Kliniken mehr oder weniger zum Normalbetrieb zurückgekehrt. Doch es droht eine neue, eine zweite Corona-Welle. Wie ist etwa die Uniklinik Freiburg darauf vorbereitet?

Von Entspannung keine Spur, zumindest auf einer Intensivstation der Freiburger Uniklinik. Dort herrscht Hochbetrieb. Fast alle Betten sind mit schwerkranken Patienten belegt. Drei davon leiden an Covid-19 und müssen beatmet werden. "Es ist gerade eine schwierige Situation. Wenn mehr Corona-Patienten kommen, haben wir ernsthafte Schwierigkeiten", sagt Lyn Anne von Zepelin, die im Leitungsteam der Medizinischen Intensivstationen an der Uniklinik Freiburg arbeitet.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/uniklinik-freiburg-rueckkehr-normalbetrieb-oder-zweite-corona-welle-100.html>

Hilfsprogramm für Vereine im Bevölkerungsschutz

Die Landesregierung hat sich auf ein Corona-Hilfsprogramm verständigt, das Hilfen für Vereine in Höhe von 10 Millionen Euro im Geschäftsbereich des Innenministeriums vorsieht. Leistungsempfänger sind insbesondere die Landesverbände der im Katastrophenschutz mitwirkenden oder im Landesbeirat für den Katastrophenschutz vertretenen Organisationen, auch für die unter ihrem Dach organisierten Vereine. Darunter fallen neben den unmittelbar im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen insbesondere auch der Landesfeuerwehrverband und die THW-Landeshelfervereinigung Baden-Württemberg.

<https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/hilfsprogramm-fuer-vereine-im-bevoelkerungsschutz-1/>

Wann Kinder trotz Schnupfen in Kitas oder in die Grundschule dürfen

Wann dürfen Kinder mit triefender Nase in Kita oder Grundschule? Und wann sollen sie wegen Corona-Verdachts zu Hause bleiben? Fragen, die Eltern, Lehrer und Erzieher umtreiben. Nach SWR-Informationen gibt es jetzt eine Richtlinie.

Wenn "nur die Nase läuft" und es keine weiteren Begleitsymptome gibt, können Kinder in die Kita oder nach den Sommerferien in die Schule gehen. Dies sei die Kernbotschaft der Empfehlungen, sagte Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) dem SWR. Ein Schnupfen allein sei noch kein Ausschlusskriterium. Eine gewisse Eigenverantwortung bleibe aber bei den Eltern, so Lucha weiter.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/regeln-kitas-schnupfen-corona-100.html>

Umfrage ergibt: Menschen bewegen sich in Corona-Zeiten mehr

Mehr Sport dank Corona: Jeder Fünfte im Südwesten bewegt sich seit Beginn der Pandemie mehr als zuvor. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Techniker Krankenkasse. Besonders das Spazierengehen ist demnach beliebt, wie eine Sprecherin der Kasse am Donnerstag mitteilte. 52 Prozent der Befragten im Land gaben an, nun häufiger eine Runde zu Fuß zu gehen. Etwa jeder Dritte bewegt sich beim Laufen oder Radfahren an der frischen Luft. Genauso viele tun dies zu Hause, etwa mit Gymnastik oder Krafttraining.

<https://www.tk.de/presse/themen/medizinische-versorgung/ambulante-versorgung/corona-bewegung-onlinecoach-2089102>

Corona-Kontaktlisten in Gaststätten: Klarheit über Polizei-Zugriff auf Gästelisten gefordert

Der Gaststättenverband Dehoga fordert eine Klarstellung der 16 Landesregierungen, ob und wie die Polizei die bei Restaurantbesuchen notwendigen Corona-Gästelisten auswertet. Die Polizei in Baden-Württemberg verwendet laut Innenminister Thomas Strobl (CDU) keine Corona-Kontaktlisten von Restaurantbesuchern zur Strafverfolgung. „Die Daten von Gaststättenbesuchern werden nur zur Nachverfolgung von möglichen Infektionswegen genutzt“, sagte Strobl am Donnerstag. „Eine Verwendung etwa von der Polizei, um Straftaten zu verfolgen, ist unzulässig.“ Alles andere ist in Baden-Württemberg mit uns auch nicht zu machen. Auch die Mautüberwachung Toll Collect durfte für Zwecke der Strafverfolgung nicht verwendet werden.

Die entsprechende Praxis in mehreren Bundesländern, die Daten der Gaststätten zu nutzen, hatte für Kritik gesorgt. Die Gaststätten sind verpflichtet, persönliche Daten ihrer Gäste zu sammeln, damit die Gesundheitsämter mit deren Hilfe im Fall einer Covid-19-Erkrankung weitere potenziell infizierte Personen finden können.

<https://www.swp.de/politik/inland/corona-deutschland-baden-wuerttemberg-bw-bayern-aktuell-corona-kontaktlisten-in-gaststaetten-klarheit-ueber-polizei-zugriff-auf-gaestelisten-gefordert-thomas-strobl-cdu-50086690.html>

Umgeht Tönnies die neuen Regelungen?

Dem Fleischkonzern Tönnies wird vorgeworfen, neue Gesellschaften zu gründen, um das Verbot von Werkverträgen zu umgehen. Doch eine entsprechende Ausnahme für kleine Betriebe dürfte bei Tönnies nicht greifen.

Deutschlands größter Fleischverarbeiter Tönnies mit Firmenzentrale in Rheda-Wiedenbrück (Kreis Gütersloh) wird mit weiteren Vorwürfen konfrontiert: In sozialen Medien werden Auszüge aus dem Handelsregister verbreitet, die zeigen, dass das Unternehmen Mitte Juli 15 sogenannte Vorratsgesellschaften am Amtsgericht Gütersloh für Rheda-Wiedenbrück hat eintragen lassen.

Die Vermutung verschiedener Nutzerinnen und Nutzer: Tönnies wolle das Verbot von Werkverträgen umgehen, weil dieses nicht für Firmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden gelte.

<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/toennies-faktenfinder-101.html>

Corona geht an die Reserven

600.000 Menschen in Deutschland hat die Corona-Krise arbeitslos gemacht, Millionen sind in Kurzarbeit. Das ist teuer. Reichen die Rücklagen der Sozialkassen aus?

Mehr als 600.000 Beschäftigte in Deutschland haben wegen Corona ihren Job verloren. Und ohne das Instrument der Kurzarbeit wären es viele Millionen mehr. Doch Kurzarbeit, das Erfolgsrezept "made in Germany", ist teuer.

Vor der Corona-Krise betrug die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit 26 Milliarden Euro. Corona frisst dieses Polster noch in diesem Jahr auf.

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Peter Weiß, ist dennoch zuversichtlich, dass die Beitragssätze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber stabil bleiben: "Der Bund wird der Bundesagentur für Arbeit eine Liquiditätshilfe in Höhe von rund acht Milliarden Euro geben. Dann bleiben noch 6,8 Milliarden Euro von der Rücklage übrig, die dann im nächsten Jahr aufgelöst werden kann.

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/corona-arbeitsmarkt-103.html>

Ausland

Epidemiologe rät Schweden weiter zu Homeoffice

In Schweden sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch im Herbst im Homeoffice bleiben, sagt der bekannteste Gesundheitsexperte des Landes, Anders Tegnell.

Die Gesundheitsbehörde werde weiterhin empfehlen, wenn möglich, weiter von zu Hause aus zu arbeiten, sagte Tegnell auf einer Pressekonferenz in Stockholm. Die Situation in Schweden habe sich zwar verbessert. Es sei aber letztlich unklar, wie sich die Coronavirus-Pandemie im Herbst konkret entwickeln werde. Das Risiko eines erneuten Aufflammens sei weiterhin sehr hoch.

Schweden hatte mit seiner eigenwilligen Strategie im Kampf gegen die Ausbreitung des Coronavirus international für Schlagzeilen gesorgt. Unter anderem wurden Schulen, Restaurants und Geschäfte nie geschlossen. Aber auch für die Schweden gelten bestimmte Corona-Beschränkungen, etwa ein Verbot von öffentlichen Versammlungen mit mehr als 50 Teilnehmern und ein Besuchsverbot für Pflegeheime.

Die Zahlen der Neuinfektionen, Intensivpatienten und Todesfälle gehen seit Wochen in Schweden zurück, verglichen mit dem Rest Skandinaviens und auch mit Deutschland sind die Werte aber weiter hoch.

<https://www.zeit.de/politik/2020-07/corona-weltweit-pandemie-entwicklung-live>

Corona-Höchstwerte in immer mehr Ländern

Nicht nur in Deutschland und Europa steigen die Corona-Fallzahlen. Weltweit melden mehrere Staaten Höchstwerte an täglichen Neuinfektionen und müssen Rückschläge im Kampf gegen die Pandemie hinnehmen.

Rund sieben Monate sind vergangen, seit in der chinesischen Metropole Wuhan erste Infektionen mit dem Coronavirus bekannt wurden. Seitdem hat sich der Erreger nahezu auf der ganzen Welt verbreitet und noch immer zeichnet sich nicht ab, dass sich die Pandemie abschwächt. Im Gegenteil: Zahlreiche Staaten verzeichnen immer massiver steigende Fallzahlen - und das, obwohl in einigen Fällen schon immense Fortschritte im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus verzeichnet worden waren. Eine Übersicht findet ihr unter

<https://www.tagesschau.de/ausland/corona-pandemie-107.html>

Nachrichten – (fast) ohne Corona

Elektromobilität: Solardächer auf Autobahnen könnten Strom für E-Autos liefern

Ein Forschungsprojekt untersucht, inwieweit sich Solardächer über deutschen Autobahnen als Stromlieferant eignen könnten. Viel Platz für eine Art Riesensolarpark – aber auch viele Probleme.

Schon 2011 hatte das schweizerische Architekturbüro Labor-3 die Idee visualisiert, wie die Errichtung eines Solardachs über einer Autobahn umzusetzen wäre. Die Berechnungen sahen für einen Abschnitt von zehn Kilometern Kosten von mindestens 300 Millionen Franken und einen Ertrag von 40 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr vor. Auf den vielen Tausenden Autobahnkilometern, die sich durch Deutschland ziehen, wäre entsprechend ein Vielfaches möglich. Forscher aus Österreich und Deutschland arbeiten jetzt an entsprechenden Lösungen.

An dem Forschungsprojekt des Austrian Institute of Technology ist auch das Fraunhofer-Institut für solare Energiesysteme (ISE) beteiligt. Die Experten sehen Autobahnen als guten Standort zur Solarstromgewinnung, da hier – anders als bei Solarparks auf der grünen Wiese – schon versiegelte Flächen genutzt würden. Immerhin fünf Prozent der Gesamtfläche Deutschlands machen Verkehrsflächen aus. Warum also diese nicht auch zur Gewinnung von Strom nutzen? Die erzeugte Energie könnte gleich an Ort und Stelle etwa von Elektroautos verwendet werden

<https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/elektromobilit%C3%A4t-solard%C3%A4cher-auf-autobahnen-k%C3%B6nnten-strom-f%C3%BCr-e-autos-liefern/ar-BB17mFat?ocid=msedgntp>

Seehofer stoppt Berliner Flüchtlingsinitiative

Mit einem eigenen Landesprogramm wollte Berlin bis zu 300 Flüchtlinge aus griechischen Lagern aufnehmen. Innenminister Seehofer hat die notwendige Zustimmung dafür nun verweigert.

Die Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln sind überfüllt. Unter verheerenden Bedingungen leben Tausende Menschen dort auf engstem Raum, es mangelt an Wasser und Hygiene. Der Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD) wollte dafür sorgen, dass die Bundesländer leichter Flüchtlinge aufnehmen können. Nun ist die Berliner Initiative an der Erlaubnis von Bundesinnenminister Horst Seehofer gescheitert. „Das macht uns im Senat alle sehr wütend“, sagte der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) im Rundfunk Berlin-Brandenburg. Er sprach von einem „politischen Skandal“.

Der CSU-Politiker erteilte die notwendige Zustimmung für das vom Senat beschlossene Landesaufnahmeprogramm nicht. Begründet habe er das mit einem bundeseinheitlichen Handeln, teilte die Senatsinnenverwaltung mit, nachdem der "Tagesspiegel" berichtet hatte.

Bereits im Frühjahr hatte Innensenator Geisel in einem Schreiben an Seehofer die Bereitschaft signalisiert, mehr Flüchtlinge aufnehmen zu wollen. Wie der SPIEGEL im Mai berichtete, hatte Geisel in seinem Brief auch gleich eine Gesetzesänderung angeregt, damit die Länder solche Pläne künftig leichter umsetzen können. Seehofer hatte schon damals abgelehnt.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/seehofer-stoppt-berliner-fluechtlingsinitiative-a-2a3b7a3f-c252-44c6-9d17-91b6dfe0ab55>

Online-Tanzvideos des Verkehrsministeriums erhalten großen Zuspruch

In kurzen und unterhaltsamen Videos präsentiert der in Stuttgart arbeitende kanadische Tänzer und Choreograph Eric Gauthier mit der Tänzerin Nora Brown Standard- und Lateintänze mit leichten Schrittfolgen. Insgesamt 1,5 Millionen Menschen haben bisher die zehn Tanzvideos über YouTube und Facebook abgerufen und so „Eric's Tanztee“ zu einem der erfolgreichsten Social Media-Projekte eines Choreographen in Deutschland gemacht. „Der Erfolg dieser neuen, außergewöhnlichen Tanzkampagne in der schwierigen Corona-Zeit zeigt, wie begeisterungsfähig die bewegt-Community ist. Das ist großartig, denn diesen Schwung brauchen wir, um den öffentlichen Nahverkehr jetzt neu zu denken“, freut sich der baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann, der die Mobilitätsmarke bewegt im Jahr 2018 auf den Weg gebracht hat.

Die erfolgreichen Tanz-Videos sind abrufbar unter [bewegt.de/erics-tanztee/](https://www.bewegt.de/erics-tanztee/) oder im Youtube-Kanal bewegtBW: <https://www.youtube.com/watch?v=kGNNKnGzFXM>

<https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/media/mid/15-millionen-video-abrufe-erfolgreiche-social-media-kampagne-von-bewegt-und-eric-gauthier/>

Behinderte Menschen sollen mehr Chancen im Alltag bekommen

Kommunale Verbände der Stadt- und Landkreise im Südwesten haben sich auf einen Vertrag geeinigt, der behinderten Menschen mehr Möglichkeiten geben soll. Unterzeichner wie der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS), Caritas oder Diakonie wollen Angebote für Betroffene künftig mit weniger Bürokratie umsetzen. „Wir haben eine gute Grundlage für die Menschen geschaffen. Sie haben damit mehr Flexibilität und Wahlmöglichkeiten“, sagte KVJS-Direktorin Kristin Schwarz am Donnerstag. Der sogenannte Landesrahmenvertrag regelt außerdem die Kostenaufteilung zwischen Städten und Landkreisen, damit Menschen mit Behinderung finanziell besser unterstützt werden.

<https://www.swp.de/suedwesten/landespolitik/behinderte-menschen-sollen-mehr-chancen-im-alltag-bekommen-50091616.html>

Was Trumps Truppenabzug für den Südwesten bedeutet

Geht es nach US-Präsident Donald Trump, ziehen bald Tausende US-Soldaten aus Baden-Württemberg ab. Die Meinungen darüber gehen weit auseinander. Die einen befürchten herbe wirtschaftliche Verluste für den Standort Stuttgart, die anderen einen Rückschritt in den Beziehungen beider Länder. Die einen freuen sich, weil sie weder Panzer noch Soldaten mögen. Und die anderen wittern eine historische Chance, die Wohnungsnot der Landeshauptstadt auf einen Schlag deutlich zu lindern.

Drei ganz unterschiedliche Perspektiven auf den Truppenabzug:

WIRTSCHAFT - Betriebe in der Region zeigen sich besorgt. Sie bangen um den Verlust Zehntausender zahlungskräftiger Konsumenten. Denn die US-Truppen sind ein Wirtschaftsfaktor: Bei einem Abzug brächen Aufträge und langjährige wirtschaftliche Beziehungen weg. Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Stuttgart, Johannes Schmalzl, prognostiziert einen dramatischen Einbruch für die Region. Trumps Entscheidung sei eine „Racheaktion“. Seine „beleidigte Sandkastenpolitik“ und das Misstrauen dürften nicht auf die guten Geschäftskontakte in die USA überschwappen.

MIETER - Für den Stuttgarter Mieterverein ist der Abzug eine einmalige Chance im Kampf gegen die Wohnungsnot, die man ergreifen müsse. „Wenn die Idee schon von den Amerikanern kommt, muss man nicht heulen und mit den Zähnen klappern“, sagte der Vorsitzende Rolf Gaßmann. In Stuttgart mangle es derzeit an rund 30 000 Wohnungen. Mit dem Bahnprojekt Stuttgart 21 und der Verlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs in den Untergrund würden ab 2025 rund 80 Hektar Fläche frei werden - das biete Platz für 7500 Wohnungen, sagte Gaßmann. Die gut erschlossenen Militärf Flächen in der Landeshauptstadt seien in der Summe mit weit mehr als 180 Hektar aber noch weit größer. Militärische Kommandozentralen und Kasernen hätten in einer dicht besiedelten Großstadt sowieso nichts zu suchen, findet er.

FRIEDENSAKTIVISTEN - Aus Sicht von Friedensaktivisten ist der US-Abzug überfällig. „Wenn die USA Truppen abziehen, begrüßen wir das“, sagte Dieter Lachenmayer, Koordinator des Friedensnetzes Baden-Württemberg. „Weil wir die militärische Präsenz für eine gegenseitige Drohgeste halten und es Teil einer militärischen Entspannung ist, wenn die da endlich abziehen.“

Ralf Chevalier vom Friedenstreff Stuttgart-Nord sieht das ähnlich: „Für Stuttgart ist dies ein erfreuliches Ereignis, da die Stadt dann im Kriegsfall nicht mehr primäres Ziel eines Gegenschlags wäre.“ Der Abzug bringe zwar nicht weniger Krieg oder Frieden auf der Welt, aber die Chance auf bezahlbaren Wohnraum. Die Auflösung von „militärischen Einrichtungen zur Organisation des Drohnenmordes und zur Planung von Atomkriegsszenarien“ dürfe nicht bejammert werden. Für die gesamte Welt wäre aber - statt einer Verlagerung - nur die Auflösung der US-Kommandozentralen Eucom und Africom eine gute Nachricht.

<https://www.swp.de/suedwesten/landespolitik/was-trumps-truppenabzug-fuer-den-suedwesten-bedeutet-50092964.html>

Rhein-Neckar-Kreis

40 Virusnachweise bei Flächentestung in Sinsheim

Nach der am Dienstag, 28. Juli 2020, vom Gesundheitsamt des Rhein-Neckar-Kreises durchgeführten Flächentestung bei der rumänisch christlichen Gemeinde in Sinsheim liegen nun die Laborergebnisse vor.

„Bei den 105 freiwillig getesteten Mitgliedern dieser Glaubensgemeinschaft konnte bei 40 Personen eine Infektion mit SARS-CoV-2 nachgewiesen werden“, teilt der stellvertretende Leiter des Gesundheitsamtes, Dr. Andreas Welker, mit. Es liegen alle Testergebnisse vor

Von den positiv getesteten Personen, darunter auch Kinder und Familien, wohnen mindestens 14 Personen in Städten und Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises. Die weiteren Personen verteilen sich auf Städte und Gemeinden in den Land- bzw. Stadtkreisen Karlsruhe und Heilbronn. Die zuständigen Behörden sind informiert. „Ebenso haben wir das Sozialministerium und Landesgesundheitsamt über das Ergebnis dieser Flächentestung in Kenntnis gesetzt“, sagt der stellvertretende Amtsleiter.

https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/aktuelles/coronavirus_flaechentestung_in_sinsheim.html

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcv>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblogbw-100.htm>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus--faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

[https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc)

[NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc)
h%C3%A4tzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-undperson/informationen->

zumcoronavirus

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirusleichte-sprachegebaerensprache>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)